

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Postkarte oder deren Raum 250 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 3.

Mittwoch, den 4. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Volksentscheid?

Dr. L. Lübed, 4. Januar.

In der letzten Sitzung der Bürgerschaft (im Anschluß an die Kaiserbilderdebatte) wurde eine interessante verfassungsrechtliche Frage angeschnitten. Verschiedene Sprecher bürgerlicher Parteien sprachen von dem Recht des Senats, sich dem Mehrheitswillen der Volksvertretung zu widersetzen; und sie drückten die stille Hoffnung aus, daß der Senat von diesem Rechte Gebrauch mache.

Was dann?

Der Artikel 2 der Lübedischen Landesverfassung lautet so: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird von Senat und Bürgerschaft ausgeübt.“

Nach diesem Passus scheint es zunächst ganz selbstverständlich, daß Lübed nach den Grundsätzen parlamentarischer Demokratie regiert wird. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber die merkwürdige Tatsache, daß dieser Artikel in Wirklichkeit gar nicht angewandt ist. Denn der Senat hat seinen Anteil an der Staatsgewalt nicht etwa als ausübendes Organ des Volkswillens, sondern kraft eigener Autorität. Er ist in seinem Aufbau der Rest eines alten aristokratischen Prinzips; er übt seine Macht auf Grund eigener Erleuchtung und Erlaubtheit aus.

Ganz anders die Bürgerschaft. Sie wird alle drei Jahre von dem Volke in allgemeinen Wahlen neu gewählt. Entsprechend dem Volkswillen setzt sie sich dann zusammen; entsprechend dem Volkswillen hat sie naturgemäß auch Einfluß auf die Leitung der Regierungsgeschäfte zu nehmen.

Die Lübedische Verfassung stellt also gleichberechtigt zwei Körperschaften nebeneinander, die die Wurzeln ihrer Kraft und auch die bestimmenden Einflüsse auf ihre Haltung in ganz verschiedenem Grunde haben. Der Senat in sich selber: die Bürgerschaft im Volke. Der Verfassungsgeber hat dabei offenbar allerlei Hintergedanken gehabt; er wollte vielleicht dem entschiedenen Einfluß des Proletariats einen Hemmschuh vorschieben oder dergleichen. Er hat aber nach unserer Ansicht damit im ganzen nur bewiesen, daß er aus der Entwicklungsgeschichte aller demokratischen Verfassungen weniger als nichts gelernt hat.

Ist es doch auf die Dauer absolut unmöglich, daß zwei ausschlaggebende Kräfte völlig gleichberechtigt an der Regierung teilnehmen. Schließlich muß doch eine von beiden ihren Willen durchsetzen; wenn anders nicht beide umfallen, oder die Regierungsgeschäfte stillstehen sollen. Zugabe ist, daß fast alle Verfassungen ein hemmendes Element vorsehen haben, in Form einer Kammer, eines Senates oder dergleichen. Aber mit dem Fortschreiten des demokratischen Gedankens wurde zusehends die eigentliche Volksvertretung — Reichstag, Kammer, Bürgerschaft usw. — mächtiger und mächtiger; die ersten Kammern verloren das Einspruchsrecht und behielten nur aufschiebendes Recht, teilweise sind sie nur noch rudimentäre Ueberbleibsel aus der Kindheit der Volksherrschaft. Das alles wurde bei der Schaffung der Lübedischen Verfassung übersehen. Und ein Blinder konnte vorhersehen, daß aus diesem Versehen erste Kompetenzkonflikte zwischen Bürgerschaft und Senat nicht nur entstehen können, sondern entstehen müssen.

Eine Möglichkeit besteht allerdings, diesen Konflikten aus dem Wege zu gehen. Dann nämlich, wenn der Senat sich des Sazes erinnert, daß „die Staatsgewalt vom Volke ausgeht“. Wenn er daraus die selbstverständliche Folgerung zieht, daß er nur im Sinne der Volksmehrheit seine Macht

ausüben kann. Wenn er sich also der Schwäche seiner verfassungsmäßigen Position bewußt wird, und von sich aus stillschweigend den offensichtlichen Fehler in der Verfassung gutmacht. Wäre das ein Opfer des Senats? Nie und nimmer. Es würde im Gegenteil die Stellung des Senates verstärken und auch sein Ansehen im Volke gewaltig mehren; und es würde das auch der sinngemäßen Anwendung des Artikels 2 der Verfassung entsprechen.

Sollte der Senat allerdings nicht genügend geistige Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an den demokratischen Grundton der Zeit aufbringen, sollte er sich, bürgerlichen Politikern zu Gefallen, auf seine alte aristokratischen Grundsätze berufen, so sind Erschütterungen im Lübedischen Verfassungsleben unvermeidlich. Aber für die Mehrheit der Lübeder Bürgerschaft besteht keine Möglichkeit, dem aus dem Wege zu gehen. Der 13. November hat den Willen der Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht; und dieser Wille ist unabänderliches Gesetz für die nächsten drei Jahre.

Aber eben dieser 13. November gibt vielleicht Anlaß, daß die Mehrheit des Senats zu überreichten Entschlüssen gelangt. Jedes Kind weiß, daß man auch im Senat gewaltig enttäuscht war über den Wahlausfall. Und bürgerliche Blätter weisen auch schon deutlich den Weg, auf dem man dieser Enttäuschung Luft machen will. Wie ein Ertrinkender sich an jeden Strohalm klammert, so greift man auf bürgerlicher Seite nach jedem Mittel, den 13. November zu revidieren.

Man spielt mit dem Feuer des „Volksentscheids“. Offenbar will man zu den im November verbrannten Sängern sich im nächsten Frühjahr noch das Gesicht verhandeln. Wir haben dagegen nichts; wir wissen, daß bei einer solchen Wahl die Einheitsfront der Arbeitenden aller Stände mit gewaltigem Schwunge alles mit sich fortreißen würde. Aber ohne uns dem Gedanken eines Volksentscheides an sich zu widersetzen, möchten wir uns doch einige grundsätzliche Bemerkungen erlauben, die der Senat berücksichtigen möge.

Hat am 13. November das Volk etwa irgendwie zweifelhaft entschieden? 35 000 sozialistische Stimmen standen nur 24 000 bürgerliche gegenüber. (Die Hausbesitzerwähler können gewiß nicht durchweg als bürgerlich angesehen werden; wahrscheinlich sind unterdessen manchem von ihnen die Augen aufgegangen über seine Interessenvertreter.) Das ist eine solche gewaltige Mehrheit, daß ein Volksentscheid nicht nur völlig unbegründet, sondern auch für Senat und Bürgertum gänzlich aussichtslos wäre. Außerdem, worüber will man denn einen Volksentscheid herbeiführen? Um die Kaiserbilder? Und wenn bei späteren Fragen wieder Meinungsverschiedenheiten aufsteigen, soll dann immer aufs neue das Volk befragt werden? Der Gedanke ist so unsinnig, daß er nur in alternden oder unteroffiziersmäßig eingehängten Gehirnen rückwärtschauender Fürstentümern entstehen konnte.

So ruhig und gelassen wir auch einem Volksentscheid entgegensehen, wir halten ihn doch für höchst überflüssig. Aus der Unstimmigkeit zwischen Bürgerschaft und Senat, die von bürgerlicher Seite angekündigt wird, gibt es nur einen Ausweg: Der Senat hat sich dem Volkswillen zu beugen, so oder so. Sollten sich einige besonders aristokratische Senatoren außerstande fühlen, proletarische Politik auszuführen, so bleibt ihnen ja ein Ausweg. Er steht ihnen frei.

Cannes, 3. Januar.

Im Jaucheklub sind die letzten Vorbereitungen für die Eröffnung der Konferenz getroffen worden. Alle Verhandlungszimmer sind mit aus Paris gesandten Dekorationen künstlerisch ausgestattet worden.

Rathenau ist am Donnerstag inoffiziell von Paris, wo er bisher weilte, nach Cannes gereist. Rathenau, der durch sein Verhalten in London und durch seine alten Verbindungen mit englischen Finanzkreisen sich auch innerhalb der englischen Regierung Sympathien erworben hat, wird mit der Konferenz in ständiger Verbindung bleiben und auf Wunsch der Alliierten Auskünfte erteilen. Die Anwesenheit Rathenaus in Cannes ist umso mehr zu begrüßen, als die mündlichen Verhandlungen des Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, mit der Reparationskommission über die deutschen Rückfragen zu keinem endgültigen Ergebnis führten, und somit über die Angelegenheit der Januar- und Februarzahlungen vor der Konferenz in Cannes bestimmt das gesamte Reparationsproblem aufgerollt werden wird. Eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen der Reparationskommission

kommt nicht mehr in Frage, da sich die Reparationskommission mit den Auskünften des Staatssekretärs Fischer zufrieden gegeben hat.

Während man von englischer Seite mit einem starken Druck auf die belgische und französische Regierung rechnen kann, scheint insbesondere Belgien zu keinerlei Zugeständnissen in Cannes bereit zu sein, sondern auf seinem Prioritätsrechte bestehen zu wollen. Die belgische Regierung soll bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt haben, zu denen sie in den Abmachungen zwischen Lloyd George und Briand in London, die bereits in ihren Einzelheiten bekannt sind, Anlaß fand.

Dr. Rathenaus Vorschläge für Cannes.

Paris, 4. Januar.

Dr. Rathenau hat einem Sekretär der „Chicago Tribune“ erklärt, daß der neue Plan über die Reparationen, den er in Cannes dem Obersten Rath vorlegen werde, eine jährliche Zahlung von 1½ Milliarden Goldmark in Waren vorsieht. Dieser Plan könne aber erst nach drei Jahren in Wirksamkeit treten. Bis dahin sollte Deutschland ein Moratorium gewährt werden.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 4. Januar.

Wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, ist beabsichtigt, den Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten nach der Konferenz von Cannes und der Rückkehr Rathenaus zu einer Aussprache über Deutschlands außenpolitische Lage einzuberufen.

Der Abschluß des 9. Rätekongresses.

Die Beschränkung der Tscheka.

Moskau, 30. Dezember 1921.

Auf dem 9. Rätekongreß erstattete am 29. Dezember Kryhanowski Bericht über den Regierungsentwurf eines Dekrets über die Elektrifizierung Rußlands. Das Dekret sieht die Schaffung von 30 Elektrizitätswerken vor mit einer Gesamtmächtigkeit von 1½ Millionen Kilowatt. Die Ausführung des Planes solle 15 Jahre in Anspruch nehmen, doch werde seine Verwirklichung von der allgemeinen Wirtschaftslage Rußlands abhängen. Der Kongreß billigte den Dekretentwurf.

In derselben Sitzung veranstaltete der Kongreß eine Ehrung des toten verstorbenen Schriftstellers Wladimir Korolenko.

In einer Resolution über die Außerordentliche Kommission betonte der Rätekongreß die Verdienste der Tscheka um die Erfolge der Oktoberrevolution; die Festigung der Sowjetgewalt im Innern wie auch dem Auslande gegenüber ermögliche es jedoch, den Wirkungsbereich der Tscheka einzuschränken. Der Kongreß beauftragte daher in seiner Resolution das Präsidium des Allrussischen Zentralerekutivkomitees, die Bestimmungen über die Organe der Tscheka in kürzester Frist durchzusehen und eine Reorganisation der Außerordentlichen Kommission im Sinne einer Beschränkung ihrer Kompetenz vorzunehmen.

Der Rätekongreß hat das neue Zentralerekutivkomitee im Bestande von 386 Mitgliedern und 126 Kandidaten gewählt. Laut Beschluß werden in Zukunft die allrussischen Rätekongresse nur einmal im Jahre stattfinden, während das Allrussische Zentralerekutivkomitee sich mindestens dreimal im Jahre versammeln wird.

Nach einer kurzen Rede des Vorsitzenden des Allrussischen Rätekongresses, A. A. Kalinin, schließt der Kongreß seine Tagung unter den Klängen der Internationale.

Am 30. Dezember fand die erste Sitzung des neuen Allrussischen Zentralerekutivkomitees statt; es wurde ein Präsidium mit einem Bestande von 15 Mitgliedern und mit Kalinin als Vorsitzenden gewählt. Das neue Exekutivkomitee bestätigte sämtliche Volkskommissare auf ihrem Posten. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wurde Lenin unter stürmischen Kundgebungen wiedergewählt, zu seinen Vertretern Zujupa und der zurzeit noch in Berlin weilende Rykow.

Wiedereröffnung der Börse in Moskau

Aus Moskau meldet ein Funkpruch, daß am 29. Dezember im Gebäude der früheren Moskauer Börse die staatliche zentrale Börse eröffnet worden ist. — Wir haben in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, zu zeigen, wie Sowjetrußland sich Schritt für Schritt zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückbilden muß. Dieser weitere Schritt bedeutet eine notwendige und wichtige Maßnahme in dieser Richtung: Fortan ist auch der bürsliche Großhandel in Effekten (Geld, Wertpapiere und Wechsel) und Waren wieder ermöglicht und gesetzlich gestattet.

Der furchtsame Herr Briand.

Paris, 3. Januar.

Briand hat dem Korrespondenten der „Daily Mail“ ein Interview erteilt und ihm ermächtigt, es in folgendem Wortlaut zu veröffentlichen:

„Der Schlüssel der ganzen europäischen Lage ist die Sicherheit Frankreichs. Ein Allianz-Vertrag zwischen Frankreich und England, wie wir ihn angeboten haben, aber nicht bekommen, würde der beste Beweis dafür sein, daß unser Flottenprogramm nie und nimmer gegen unsere britischen Freunde gerichtet sein kann. Es werde die Plattform sein, worauf die tatsächliche und wahre Wiederaufrichtung Europas am besten gestützt werden könne. Zuerst müsse ein Allianz-Vertrag zwischen England und Frankreich geschlossen werden, dem sich dann nach und nach unsere Alliierten anschließen könnten, vielleicht in der Form des Stillen-Ocean-Vertrages. Aber der englisch-französische Vertrag müsse der Kern und die Grundlage dafür sein.“

Briand erklärte sodann, daß Frankreich im Hinblick auf die unsichere Lage, die durch den Bestand eines zwei Millionen Mann starken russischen Heeres geschaffen sei, Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müsse und auch nicht die Bestimmungen des Versailler Vertrages aus dem Auge lassen dürfe, wonach Deutschland der Bau von neuen Kreuzern gestattet ist.

Der Entwurf eines Reichsbahnfinanzgesetzes.

Berlin, 3. Januar.

Der Referenten-Entwurf eines Reichsbahnfinanzgesetzes liegt nunmehr vor und wird demnächst den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt. Er ist entstanden aus der lebhaften Kritik, die an der Tarif- und Finanzpolitik der Reichsbahn geübt worden ist und aus den Bestrebungen, eine Sanierung der Eisenbahnen zu ermöglichen. So schwebt ihm auch das Ziel vor, die Eisenbahn aus dem bürokratischen Apparat des Reiches herauszuheben und in ihrer Geschäftsführung dem Staat zu machen, andererseits aber die Bilanz der Eisenbahn so durchsichtig zu gestalten, daß eine öffentliche Kontrolle in erhöhtem Maße möglich wird. Der Paragraph 1 bestimmt, daß die Eisenbahnen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn“ ein Sondervermögen des Reiches bilden sollen, dessen Rechte und Verbindlichkeiten von dem übrigen Reichshaushalt getrennt zu halten sind. Der Haushalt der Reichsbahn soll so gehandhabt werden, daß ihre Finanzlage jederzeit mit Sicherheit festgestellt werden kann. Sie bildet ein selbstständiges wirtschaftliches Unternehmen. Die Reichsbahn untersteht dem Reichsverkehrsminister. Dieser ist aber dem Reichstag gegenüber nicht mehr für die einzelnen finanziellen Maßnahmen verantwortlich, sondern nur noch dafür, daß die Vorschriften der Reichsverfassung beachtet werden: Ferner dafür, daß die Bahnen in einem betrieblicheren und den Verkehrsverordnungen entsprechenden Zustand sich befinden und gesetzmäßig verwaltet werden. Nur wenn der Reichsverkehrsminister mit seinen Maßnahmen in den Geschäftsbereich anderer Reichsminister übergriffen hat, ist er für diese verantwortlich. Bei der Verwaltung wirkt ein Verwaltungsrat mit, der sich zusammensetzen soll aus je 6 Mitgliedern des Reichstages, 6 des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des Personals der deutschen Reichsbahn, außerdem kommen noch 12 vom Reichspräsidenten ernannte Sachverständige hinzu. Der Verwaltungsrat hat den Haushalt festzustellen, die Einnahmen zu beschließen, die Verkehrs- und Lohnsätze zu genehmigen und Gesetzesvorlagen zu begutachten. Er ist also ein beratendes Organ, der aber das Recht hat, jederzeit vom Reichsverkehrsminister Auskunft über die finanzielle Lage und über die Verwaltungsgeschäfte zu verlangen, ebenso wie er von allen wichtigen Vorhaben und Beratungen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen ist. Sehr ausführlich sind die Bestimmungen über die Aufstellung des Haushaltes. Er zerfällt in einen Betriebs- und einen Anleihehaushalt. Ersterer umfaßt alle bisher im ordentlichen Haushalt zusammengeführten Einnahmen und Ausgaben, aus dem jedoch die Einnahmen aus Anleihen, die Zuschüsse und insbesondere die zur Erweiterung und zum Ausbau der Eisenbahn notwendigen Ausgaben ausgenommen sind. Diese werden im Anleihehaushalt einzeln angeführt. Während bisher die Eisenbahnen mit dem Reiche immer ein Zuschußbetrieb waren, soll jetzt entschieden darauf hingewirkt werden, daß sich die Eisenbahnen selbst erhalten. Zum Betriebshaushalt dürfen Zuschüsse vom Reiche nicht geleistet, Nebenleistungen an dieses nicht abgeführt werden. Die bestehenden Sonderbeiträge der Eisenbahnen werden aufgehoben. Um in Zeiten schlechter Betriebslage das Betriebsoffiziers Personal von Reichsmitteln aufrecht erhalten zu können, soll ein Rücklagefonds von 10 Milliarden gegründet werden, dem jährlich aus dem Betriebshaushalt 0,8 % der Reineinnahmen, ferner der gesamte Reineinüberschuss und die eigenen Zinsen des Betriebes zufließen sollen. Das Gesetz soll schon am 1. April 1923 in Kraft treten, der Verwaltungsrat aber unverzüglich gebildet werden und sofort seine Arbeit aufnehmen. Zu der Frage der Beamtenrechte hat der Organisationsausschuß der Reichsbahn einen Bericht dahin gegeben, daß die Reichsbahn als selbstständiges wirtschaftliches Unternehmen Befoldungsordnung und Befoldungsvorschriften unabhängig von der Reichsregelung erhalten sollen.

Die Absicht einer Reform der Eisenbahnen können wir nur von vornherein billigen. Der Entwurf des Reichsverkehrsministers hat nach den bisher mitgeteilten Auszügen den Vorzug, daß er die Eisenbahnen als Reichsbetrieb erhält, wenn er sie auch in weitem Ausmaße der parlamentarischen Mitbestimmung entzieht. Allerdings sind die Rechte, die der Reichsverkehrsminister durch den neuen Entwurf erhalten soll, derzeit weitgehend, das unbedingt ausreichende Sicherheit geschaffen werden müssen, um die Handhabung der Verwaltung im Sinne der Allgemeinheit sicherzustellen. Der Versuch dazu ist in dem Vorschlag eines Verwaltungsrates gemacht. Uns will scheinen, daß seine Zusammenlegung nach den bisherigen Vorschlägen die erforderliche Sicherheit nicht verbürgt. Dieser legt sich nämlich zusammen aus 36 Beamten. Davon sind 6 Mitglieder des Reichstages, worunter sich höchstens mehrere Unternehmervertreter befinden dürften, ferner 6 Mitglieder des Reichsrates, der als Säule der politischen und wirtschaftlichen Reaktion bekannt ist. Bei den 6 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates ist anzunehmen, daß man verfahren wird, die Interessen der Arbeiter und Verbraucher gegen diejenigen der Unternehmer und privatkapitalistischen Produzenten abzumäßen. Ähnlich werden sich auch die Sitze der Vertreter des Reichsbahnpersonals verteilen, von denen 3 durch die Beamten, 3 von den Betriebsräten ernannt werden. Hier ist sogar anzunehmen, daß die Arbeitnehmerinteressen etwas stärker zur Geltung kommen werden, als die von den leitenden Beamten vertretenen Arbeitgeberinteressen. Nicht ganz so sicher gilt das für die 12 vom Reichspräsidenten zu benennenden Sachverständigen. Gerade bei Sachverständigen besteht erfahrungsgemäß oft die große Gefahr, daß sie sich auf den Interessentendruck hinlassen, so ist alles in allem zu befürchten, daß die Arbeitgebereite im Verwaltungsrat der Reichsbahn stärker zur Geltung kommen als die Arbeitnehmerseite. Ganz abgesehen von den Forderungen, die wir namens der arbeitenden Klasse geltend machen müssen, ist es doch außerordentlich wesentlich, schon in der Verwaltung der Reichsbahn Vorzüge dagegen zu treffen, daß nicht die Interessengegenstände so scharf aneinanderprallen. Der Verwaltungsrat muß ein Organ der gemeinsamen Arbeit sein und gerade deshalb muß seine Zusammenlegung so erfolgen, daß unnötige Reibungen vermieden werden und daß nicht durch harte Majorisierungen das Gefühl der Erbitterung geweckt wird, das leicht zu unerwünschten Konflikten bei der Behandlung der sozialen und der Lohnfragen führen kann. Deshalb möchten wir es für erforderlich halten, daß der Entwurf der

Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dem Gesetz seinen Ausdruck findet und der Verwaltungsrat entsprechend zusammengesetzt wird. In den Einzelheiten des Gesetzesentwurfes wird noch viel zu arbeiten sein, doch dürfte sein Grundgedanke bei den Parteien Anklang finden, abgesehen von den unentwegten Befürwortern der Privatisierung, über deren tendenziöse Stimmungsmache das Volksganze hinweggehen wird.

Berlin, 4. Januar.

Unter der Überschrift: „Reichsbahn-Umsatz“ schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Der Entwurf eines Reichsbahnfinanzgesetzes ist jetzt in die Fassung gebracht worden, in der er vermutlich dem Reichstag bald zugehen wird. Er wird aber wahrscheinlich in ganz anderer Fassung aus ihm wieder herauskommen. Der Grundgedanke des Entwurfes ist, die Eisenbahnverwaltung aus der allgemeinen Reichsverwaltung herauszunehmen und so wirtschaftlich wie möglich zu machen. Festzuhalten ist dabei an dem Grundsatz, daß die Eisenbahnen Eigentum und letzten Endes Herrschaftsobjekt des Reiches bleiben müssen. Mit diesem Grundsatz unvereinbar ist aber die Forderung des Entwurfes, daß der für die Eisenbahnen zuständige Minister gegenüber dem Reichstag nur eingeschränkte Verantwortlichkeit haben soll. Wir halten die Art der Besetzung des Verwaltungsrates für bedenklich. Der Anteil des Personals bleibt hinter den letzten Forderungen weit zurück. Die Gefahr einer Majorisierung durch privatkapitalistische Einflüsse ist in weitestem Umfange gegeben. Die Gefahr einer schließlichen Totalität der Privatisierung wird aber noch im höchsten Maße gesteigert durch die Bestimmung, daß erforderliche Zuschüsse und Kapitalauswendungen nicht aus allgemeinen Reichsmitteln, sondern auf dem Wege der Anleihe aufzubringen sind.

Reorganisation der Reichsbahn.

Berlin, 3. Januar. (W.B.) Der Organisationsausschuß der Reichsbahn, in dem unter dem Vorsitz von Staatssekretär Rumbier Vertreter der Verwaltung und der Großorganisationen die Neugestaltung der Organisation der Reichsbahn beraten, hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf zum Reichsbahn-Finanzgesetz behandelt und bezüglich des Beamtenfragen betreffenden Teils des Gesetzes sich dahin ausgesprochen, daß die Notwendigkeit einer selbstständigen Betriebsverwaltung auch eine selbständige Gestaltung der Befoldungsbezüge der Reichsbahnbeamten erfordert. Es sei unerlässlich, daß die deutsche Reichsbahn als selbstständiges wirtschaftliches Unternehmen in der Gestaltung der Befoldungsordnung und Befoldungsvorschriften unabhängig von den für die übrigen Hoheitsverwaltungen erforderlichen Regelungen gemacht werde.

Oedenburg ungarisch.

Am Neujahrstage erfolgte laut W.B. die feierliche Uebnahme Oedenburgs durch Ungarn. Vor der Uebergabe richtete die Generalkommission an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem sie ihr für die Gastfreundschaft und tadellose Haltung ihren Dank ausdrückte. In sämtlichen Kirchen wurden Festgottesdienste abgehalten. Anlässlich der Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls betonte der ungarische Bevollmächtigte General Guillaume, Ungarn wolle mit allen Nachbarn in gutem Einvernehmen leben und alles aufbieten, damit das soeben besiegte Friedenswerk mit Oesterreich auch von Dauer sei. Kein einziger Staatsbürger werde wegen seines Verhaltens bei der Volksabstimmung auch nur den geringsten Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein. Der Bürgermeister Thurner führte vor der versammelten Bevölkerung unter anderem aus: Kein einziger ehrlich denkender Deutscher kann es uns verübeln, daß wir dem ungarischen Vaterland die Treue bewahrt haben. Wir haben anlässlich der Abstimmung gehandelt, wie es ehrlichen Leuten geziemt. Die Festlichkeiten wurden mit Musikaufführungen, Fackelmärschen und Festvorstellungen im Stadttheater geschlossen.

Die österreichisch-schweizerischen Vereinbarungen von Lana.

Prag, 4. Januar.

Im Gefolge der politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen wird zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei ein Zusatzvertrag zu dem demnächst in Kraft tretenden Handelsvertrag vereinbart. Hinsichtlich der Vorkriegsschulden hat Oesterreich erreicht, daß alle Prozesse bis Ende des neuen Jahres ruhen und daß inzwischen ein Uebereinkommen zwecks Ausgleichs dieser Schulden getroffen wird.

Ein Bundesabkommen zwischen Oesterreich und Jugoslawien.

Prag, 4. Januar.

Die Nachricht von der Reise des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pashich nach Wien und Prag wird aus Belgrad demontiert. Dagegen wird der bevorstehende Abschluß eines österreichisch-jugoslawischen Vertrages, ähnlich dem von Oesterreich mit der Tschecho-Slowakei abgeschlossenen Zusatzvertrages bestätigt.

Frankreichs Pläne in China.

Genf, 4. Januar.

Im „Journal“ veröffentlicht der Resident von Indochina, Pasquier, Erklärungen, denen zufolge die einzige Lösung der pazifistischen Frage die Zerstückelung Chinas in vier Mandaten an Japan, Amerika, England und Frankreich zu übergeben sei. Man müsse ernstlich sagen, daß China heute für die Großmächte nur ein Artifel sei. Pasquier verlangt die Schaffung einer großen Armee für Indochina. Kein Wort wurde heute in Ostafrika mehr gehört als „Krieg“.

Clond George und die Neuwahlen.

London, 2. Januar.

„The Pall Mall and Globe“ glaubt die Nachricht, daß im Februar Neuwahlen stattfinden werden, bestätigen zu können. Clond George werde bei seiner Rückkehr aus Comnes, falls die unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dem König raten,

das Parlament am 22. dem 23. Januar, an dem die Kammern einberufen werden sollten, aufzulösen. Clond George werde gleichzeitig die Bildung einer neuen nationalen Partei ankündigen.

Koalitionsregierung in Sowjetrußland.

Berlin, 3. Januar.

Neuerdings kommen aus Rußland wieder Nachrichten, die von einer Aenderung der Regierungsverhältnisse sprechen. In einer großen Beratung maßgebender Kommunisten, die hauptsächlich dem Außenhandel galt, soll die Besetzung der Ressorts für Finanzen, Außenhandel und Justiz, also der unpolitischen Abteilungen, durch Parteioffiziere beschlossen worden sein. Die Meldung klingt nicht ganz unwahrscheinlich. Weiß man doch, daß die Förderung des Außenhandels den Sowjets große Kopfschmerzen macht, und die Umwidmung der Regierung nicht die erste Konzession wäre, die die Sowjetmänner machen würden, um den Außenhandel wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Die Einbeziehung der Parteioffiziere in die Regierung würde naturgemäß gewisse Gefahren mit sich bringen, trotzdem gerade die Parteioffiziere als Nichtanhänger des Kommunismus den Sowjets gegenüber sich äußerst loyal verhalten haben. Es ist ganz klar, daß, sobald eine Partei Regierungsmacht erlangt, sie diese Macht ausnützt. Daß die russischen Parteioffiziere anders geartet wären, ist nicht anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieser Gefahren, also der Verringerung der Sowjetmacht, muß man der Meldung über die Umwidmung der russischen Regierung in gewissem Sinne zurückhaltend gegenüberstehen, denn nur die äußerste Not wird die Sowjets veranlassen, die in ihrem Besitz befindlichen Positionen aufzugeben. Leider gestatten die Mitteilungen über russische Verhältnisse kein einwandfreies Urteil über die Situation in Rußland. Immerhin aber kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Wiederherstellung des Außenhandels eine Existenzfrage Rußlands ist. Inwiefern wird vielleicht die Umwidmung der Sowjetregierung auf dem Wege der Einbeziehung der Parteioffiziere, die in Rußland großen Anhang haben, durch einen Druck von außen erfolgen. Es ist nicht unbekannt, daß die Bestrebungen gewisser Ententemächte in dieser Richtung lauten und man von der Anerkennung der russischen Regierung und somit der Wiederaufnahme der Beziehungen gewisse Zugeständnisse abhängig macht.

Die neue Handelsflagge.

Hamburg, 3. Januar.

Von rechtsstehender Seite hat man die Nachricht verbreitet, daß die aus dem Hamburger Hafen austretenden Schiffe auch im neuen Jahr nach wie vor die alte schwarz-weiß-rote Flagge geführt hätten, und daß sich die Reedereien nicht viel Mühe geben würden, neue Flaggen anzufertigen. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß die Hamburger Hafenpolizei seit dem Anbruch des neuen Jahres kein Schiff aus dem Hafen gelassen hat, das nicht vorchriftsmäßig die neue Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Bord geführt hat. Die Nachrichten der reaktionären Presse sind also tendenziös und unrichtig.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Januar.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ zur Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten aus parlamentarischen Kreisen erzählt, beabsichtigen die Reichstagsfraktionen vorläufig noch nicht, auf eine Entscheidung zu drängen, solange nicht die Gesetzesvorlage über den Volksentscheid verabschiedet ist. Vor allen Dingen konnte über die Frage einer geeigneten Kandidatur, trotz vielfacher Bemühungen, noch keinerlei Einigung erzielt werden.

Die Bewegung in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 4. Januar.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat jede Lohnerhöhung für Januar abgelehnt. Mehr als 2500 Funktionäre lehnten gestern den Vorschlag der Industriellen, die Dezemberlöhne auch für den Januar gelten zu lassen, gegen 2 Stimmen ab und beschloßen beim Reichsarbeitsministerium die Bildung eines Schiedsgerichts zwecks Erledigung des Konfliktes zu beantragen.

Ein neuer Vertreter Amerikas in Berlin.

Berlin, 4. Januar.

Wie „Die Zeit“ aus unterrichteten Kreisen erzählt, wird an Stelle des demnächst zurücktretenden amerikanischen Geschäftsträgers Dreifel Hoyton zum Vertreter Amerikas in Berlin ernannt werden. Dieser ist Mitglied des amerikanischen Kongresses.

Militärischer Fund in Rottbus.

Rottbus, 4. Januar.

Am Montag wurde in Rottbus auf dem Boden des Hauses, der zur Wohnung des Reichsbahnbeamten Mantuffel gehört, 85 vollständige Militärausrüstungen einschließlich Stahlhelme, Feldmütze, Tornister, Infanteriestiefel, teils neue, teils wieder in Stand gesetzt, Patronentaschen usw. beschlagnahmt.

Wider den kleindeutschen Partikularismus.

Die sozialistischen Minister Braunschweigs, Anhalts, Thüringens und Sachsens, waren kürzlich zu einer Konferenz in Leipzig zusammengetreten, in der vor allem eine Aussprache über die Justizreform stattfand. Bei dieser Aussprache wurde beschlossen, den jetzigen ungezwungenen Meinungsaustausch zu einer ständigen Einrichtung zu machen, um Erfahrungen in bezug auf die Verwaltung auszutauschen. Die bürgerlichen Blättermeldungen, die von der Gründung eines mitteldeutschen sozialistischen Staatenbundes sprechen, sind völlig unbegründet und lediglich auf Rominationen ausgeht. Die Bestrebungen der sozialistischen Minister Mitteldeutschlands haben aber jetzt auch die klei-

nen Geister in der demokratischen Fraktion des sächsischen Landtages zu folgender Anfrage veranlaßt: „Zeitungsmeldungen zufolge haben in der letzten Zeit mehrfach Zusammenkünfte der Minister aus Sachsen, Anhalt, Thüringen und Braunschweig stattgefunden, die nach Berichten der „Dresdener Volkszeitung“ dazu dienen sollen, eine dauernde Arbeitsgemeinschaft zur Förderung sozialdemokratischer Arbeit in Mitteldeutschland zu bilden. Solche amtlichen Zusammenkünfte von Ministern betreffen die Rechte des Landtages in weitgehendem Maße. Wir ersuchen deshalb die Regierung um Auskunft über die Notwendigkeit und den Inhalt dieser Besprechungen.“

Diese ängstliche Sorge, daß nur ja nichts von dem klein-staatlichen Charakter Mitteldeutschlands verloren gehe, ist recht überflüssig. Jeder Deutsche sollte sich freuen, wenn durch engere Fühlungsverbindungen und schließlich auch durch Zusammenfluß der vielen kleinen Gliedstaaten, die wir noch immer in Mitteldeutschland haben, auch dort ein einziger größerer Staat entsteht, der neben Bayern und Preußen den föderativen Charakter des Reiches viel besser wahren könnte, als die heutigen Kleinstaaten.

Ein kommunistisches Wunder.

Die „Rote Fahne“ berichtet über die Versammlung der kommunistischen Groß-Berliner Funktionäre, die in der Brauerei Friedrichshain stattfand, das heißt sie berichtet darüber, was ihr in den Kram paßt. Das Referat hielt Pieck, das Korreferat für die Opposition Friesland, dem die „Rote Fahne“ zwar einige 20 Zeilen widmet, aber nur um ihn anzugreifen, nicht um darzustellen, was er eigentlich gesagt hat. Die Resolution der Zentrale, die das Verhalten der Opposition scharf verurteilt, wurde nach dem Bericht der „Roten Fahne“ mit allen gegen 30 Stimmen angenommen. Dabei, so fügt die „Rote Fahne“ triumphierend hinzu, seien fast alle 65 Berliner Unterzeichner der oppositionellen Protestadresse anwesend gewesen. Danach müssen also 35 Oppositionelle sich selber schärfstens verurteilt haben. Ein Wunder, wie es eben nur bei gläubigen Kommunisten möglich ist.

Deutschland und der Völkerbund.

In der Breslauer „Volkswacht“ tritt Genosse Löbe für den baldigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ein. Er schreibt:

Von Interessen der deutschen Minderheiten, die wir in Ost und West, in Nord und Süd zurücklassen, geleitet, wird sich unser Beitritt zum Völkerbund, der mir auch sonst dringend erwünscht erscheint, als unumgänglich erweisen. Die Heranziehung Deutschlands, die Einbeziehung Rußlands zu den kommenden internationalen Verhandlungen wird einer Ausgestaltung zu einem wirklichen Völkerbund förderlich sein, und unser Eintritt in ihn wird eine der ersten Vorbedingungen sein für die einseitige Verschmelzung Österreichs mit der großen deutschen Republik. Nicht eine weitere Einengung, sondern eine Verbreiterung unseres Wirtschaftsgebietes ist es, was die Zukunft anbahnt.“

Genosse Löbe bespricht dann die Entspannung in der Reparationsfrage in optimistischem Sinne. Vorbedingung für jede Hoffnung auf Besserung bleibt allerdings die Ordnung unserer eigenen Finanzen. Hier wird der Druck der Arbeiterparteien stärker als bisher einzuwirken müssen und dafür müsse eine einheitliche Front der Arbeiterparteien sorgen.

Deutschlands finanzielle Verpflichtungen.

W.B. verbreitet halbamtlich folgende Feststellungen: Die Erörterung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles aufgebürdeten finanziellen Verpflichtungen pflegt sich im allgemeinen auf die Reparationslasten zu beschränken. Es wird meistens vergessen, daß zu den Reparationszahlungen, den bekannten 132 Milliarden Goldmark, noch ganz beträchtliche Zahlungen aus anderen Titeln des Vertrages hinzukommen. Abgesehen von den fortlaufenden Zahlungsverpflichtungen, die sich für das Reich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, kommen in erster Linie die Schadenersatzsummen in Betracht, die dem Reich für die während des Krieges gegen das feindliche Privateigentum in Deutschland getroffenen Maßnahmen abverlangt und von den verschiedenen Gemischten Schiedsgerichtshöfen festgestellt werden. Die bei diesen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt nicht etwa in die Millionen, sondern weit in die Milliarden. Dazu kommen aber neuerdings noch die von verschiedenen alliierten Ländern auf Grund einer besonderen Bestimmung des Vertrages von Versailles erhobenen Schadenersatzforderungen für solche deutschen Maßnahmen, die in der Zeit zwischen dem 31. Juli 1914 und dem Tage des Eintretens dieser Länder in den Krieg getroffen worden sind. Es handelt sich dabei um die Länder, die in den Weltkrieg erst später eingetreten sind. Um einen Begriff von der Höhe dieser Ansprüche zu geben, mag nur erwähnt werden, daß z. B. Portugal für diese Zeit einen Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als rund 3½ Milliarden Goldmark fordert.

Reparationskrisis.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Als Simons am 7. März auf der Londoner Konferenz die „Pariser Beschlüsse“ wie auch die weit mächtigeren Forderungen Lloyd Georges abgelehnt hatte und am gleichen Tage die Sanktionen in Kraft traten, war es allen vernünftigen, d. h. damals in Deutschland sehr wenigen, Menschen klar, daß alles — unsere wirtschaftliche und unsere politische Zukunft — davon abhing, daß wir schleunigst für uns erträgliche, für die Entente annehmbare Gegenvorschläge machten. Ich empfahl damals (am 18. März), der Entente die Beteiligung an einer großen Vermögensabgabe anzubieten und begründete das so:

„Die Entente und vor allem Frankreich legen den größten Wert darauf, sofort eine große Summe zu erhalten. Wir müssen ihnen hierin soweit als möglich entgegenkommen. Eine große internationale Anleihe wird aber schwer aufzunehmen sein und würde uns auch eine unerträgliche Zinslast auferlegen. Hin-

gegen könnten wir, ohne unsere Volkswirtschaft wesentlich zu schädigen, die erforderlichen Mittel durch eine einmalige Vermögensabgabe beschaffen. Leitender Grundsatz müßte sein: An einem bestimmten, möglichst nahen Termin, sagen wir am 4. April 1921, geht die Hälfte des inländischen Vermögens in das Eigentum des Deutschen Reichs über.“

Den Ertrag einer solchen Vermögensabgabe schätze ich auf 180 Milliarden Papiermark. Davon würde das Reich die eine Hälfte für sich behalten und die andere Hälfte an die Entente abführen. Um den Wert der 90 Milliarden Papiermark für die Entente zu erhöhen, müßten wir die Verpflichtung eingehen, keinerlei neue öffentliche Schulden im Laufe der nächsten sieben Jahre aufzunehmen. Das könnten wir aber gern tun, da die Finanzen des Reichs durch Einbehaltung der anderen 90 Milliarden Papiermark mit einem Schlage so gebessert würden, daß eine Balancierung des Reichshaushalts möglich wäre. Andererseits müßte die Entente auf jede weitere Leistung für die nächsten sieben Jahre verzichten. Darüber, was wir nach Ablauf des siebenten Jahres zu zahlen haben werden, muß ein internationaler Ausschuß von volkswirtschaftlichen Sachverständigen, der alsbald nach Entrichtung der einmaligen Abgabe an die Entente zusammentreten würde, entscheiden.“

Natürlich erklärten unsere „Sachverständigen“ sofort, die Entente würde niemals so bumm sein, meinen Vorschlag anzunehmen. Tatsächlich wäre aber die Entente — die ja allerdings, wie uns seit Jahr und Tag morgens und abends erzählt wird, mit ihren Reparationsforderungen immer gegen ihr eigenes Interesse handelt — so „bumm“ gewesen, auf ein solches Angebot einzugehen. Am 13. April veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ ein Londoner Telegramm des United Telegraph, das mit den Sätzen schloß:

„In der Unterhaltung, die der Vertreter des United Telegraph mit Finanzleuten hatte, erhielt er den Eindruck, daß dieser Plan weit mehr als irgendein anderer als ein Beweis des guten Willens der deutschen Regierung betrachtet werden dürfte, weil man sich davon gleichzeitig viel zur Stabilisierung des Marktes verspreche. Dem Vertreter des United Telegraph wurde wörtlich gesagt: Wenn Deutschland dies tut, wird man englischerseits gewissen Vorschlägen, die den Anschluß gewisser anderer Vertragsverpflichtungen bezwecken, keine Schwierigkeiten in den Weg legen.“

Die Reichsregierung machte aber keinen solchen Gegen-vorschlag und machte auch keinen anderen ernstlichen Gegen-vorschlag. Die Folge war das Londoner Ultimatum vom 5. Mai, das nach erheblich über die „Pariser Beschlüsse“ hinausging und insbesondere für die nächsten zwei Jahre nicht zwei Milliarden und eine 12prozentige Ausfuhrabgabe, sondern 2 Milliarden und eine 20prozentige Ausfuhrabgabe forderte. Das Kabinett Fehrenbach-Simons, das mit seiner unverantwortlichen Schwäche gegenüber den Nationalisten das furchtbare Schicksal über Deutschland heraufbeschworen hatte, sah keinen Ausweg und brach zusammen. An seine Stelle trat das Kabinett Wirth-Rathenau, „des Kabinetts der Erfüllung“. In meisterhafter Weise hat Rathenau, nachdem er aus der Regierung ausgetreten war, im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats hergelegt, wie er sich „die Erfüllung“ dachte. Er begann seine Rede mit den Worten:

„Es gibt meiner Ansicht nach drei Möglichkeiten, sich dem Reparationsproblem in seiner Gesamtheit gegenüberzustellen. Man kann entweder sagen: Ich lehne grundsätzlich jede Reparation ab und erkläre sie für unmöglich. ...“

Die zweite Möglichkeit sich dem Reparationsproblem gegenüberzustellen, ist die, daß man sagt: Wir können keine Vorschläge machen, komme, was da wolle: wir sind nicht in der Lage, irgend etwas Sprechliches zu tun, wir werden gewissermaßen die Stellung einer passiven Resistenz einnehmen. Auch hierin sehe ich sehr schwere politische Bedenken. Ich glaube nicht, daß die Möglichkeit einer passiven Resistenz für uns gegeben ist, aber, wenn ich mich deutlicher ausdrücken soll, ich sehe ganz genau, wenn eine solche passive Resistenz ausgeübt wird, die Konsequenz, die sie haben wird, und ich sehe sie auf politischem Gebiet als verheerlich an, auf wirtschaftlichem Gebiet aber als derartig katastrophal, daß ich mich auch hierüber nicht weiter aussprechen möchte.

Die dritte Möglichkeit ist die, daß man sagt: Unsere Erfüllungsmöglichkeiten sind begrenzt, innerhalb dieser Erfüllungsmöglichkeiten und ihrer Begrenzung aber haben wir die Pflicht, uns gegenüber den Mächten, mit denen wir nun einmal zu tun haben und die gegenwärtig politisch die Welt beherrschen, in ein Verhältnis der Erträglichkeit zu bringen. Diese Erfüllung innerhalb gewisser Grenzen erfordert eine praktische Mitarbeit. Sie kann nicht darin bestehen, daß man beharrlich sagt: Wir sind außerstande irgend etwas vorzuschlagen, macht ihr uns Vorschläge, wir verhalten uns passiv, sondern diese Möglichkeit verlangt, daß wir uns unsererseits ebenfalls darüber schlüssig machen, was wir leisten können, daß wir unsererseits Vorschläge bringen und auch tatsächlich bis an die Grenze derjenigen Möglichkeit gehen, die wir verantworten können im Interesse unserer Existenz und im Interesse der Erhaltung unserer gesamten Wirtschaft.“

Rathenau hat nun zweifelsohne als deutscher Wiederaufbauminister bei Abschluß des Wiesbadener Vertrages den Grundsatz verwirklicht, „daß wir unsererseits Vorschläge bringen und auch tatsächlich bis an die Grenze derjenigen Möglichkeit gehen, die wir verantworten können“. Ob das Reich bei dem Wiesbadener Abkommen zu große Opfer gebracht hat, ist eine Frage für sich.

Umgekehrt dürfte auch kein Zweifel darüber bestehen, daß Helfferich und seine Freunde den ersten von Rathenau angebotenen Standpunkt vertraten: sie lehnen grundsätzlich jede Reparation ab und erklären sie für unmöglich.

Wo aber steht Wirth? Leider kann es unter Menschen, die nicht den Kopf in den Sand stecken, auch da keinen Zweifel geben. Wirth steht in der Mitte und verfolgt die „zweite Möglichkeit“. Er, der seit anderthalb Jahren, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Erzberger, eine ähnliche Finanzpolitik treibt wie seinerzeit Helfferich, er, der in dem ganzen Jahre, das er dem Kabinett Fehrenbach als Finanzminister angehörte, nicht das mindeste zur Erhöhung der Steuereinnahmen getan hatte und mit keinem einzigen Vorschlag zur Reparationsfrage hervorgetreten war, er bes folgt auch als Kanzler den Grundsatz: „Wir können keine Vorschläge machen, komme, was da wolle: wir sind nicht in der Lage, irgend etwas zu tun.“

Oder entspricht es etwa nicht diesem Grundsatz, wenn acht Monate nach Annahme des Ultimatus die steuerliche Belastung des deutschen Volkes im ganzen noch etwa die gleiche ist wie vor anderthalb Jahren, wenn nur Belastungssteuern wie die Erhöhung der Zölle, der Eisenbahn- und Posttarife, der Kohlensteuer, Umsatzsteuer, Zuckersteuer usw. ernstlich beraten werden, die alle miteinander zwar die

Einnahmen des Reichs zu steigern geeignet sind, aber zugleich auch die Ausgaben des Reichs steigern müssen, während z. B. die von Wirth am 6. Juli angekündigte Beteiligung des Reichs „an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben“, aufgegeben und — was vielleicht noch schlimmer ist — die Einkommensteuer in einer für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs katastrophalen Weise abgebaut worden ist? Man treibt jetzt genau das gleiche Spiel wie im Kriege und opfert das Allgemeininteresse den Wünschen der Besitzenden. Denn mag man es allenfalls auch mit der fortschreitenden Geldentwertung rechtfertigen können, wenn ein verheirateter Mann mit fünf Kindern bei einem Einkommen von 30 000 Mk. nach dem Gesetz vom 29. März 1920: 5047 Mk. nach der Novelle vom 24. März 1921 noch 2580 Mk. und nach den Reichstagsbeschlüssen vom 17. Dezember 1921 nurmehr 180 Mk. Einkommensteuer zahlen soll; wie will man es entschuldigen, daß künftig ein Steuerpflichtiger mit 300 000 Mk. Einkommen statt 136 420 Mark nur noch 79 960 Mk. zu entrichten hat?

Unsere Besitzteuern sind überhaupt eine Farce. Das Reichsnotopfer hat die Gewerbetreibenden, die Kaufleute und die Landwirte geschont und nur einige Rentner scharf herangezogen. Die Kapitalertragsteuer ist für alle Großverdiener belanglos und lastet nur auf den Eigentümern von festverzinslichen Werten. Die Einkommensteuer wird im wesentlichen von den Angestellten und Arbeitern gezahlt. Die Reichserbschaftsteuer steht fast nur auf dem Papier; würde sie ernstlich erhoben, so müßte sie mindestens das Dreifache bringen. All das ist dem Auslande wohl bekannt und daher seine unerschütterliche Überzeugung, daß wir mehr leisten könnten, wenn wir nur wollten. Wirth treibt keine Politik der „passiven Resistenz“, aber die Finanzlage des Reichs könnte kaum schlechter sein, wenn er eine solche Politik triebe.

Es ist höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird. Die Reichsregierung muß den Kampf mit den Besitzenden aufnehmen. Sie muß — nicht der Entente zuliebe, sondern dem deutschen Volke zuliebe — ein ehrliches Finanzprogramm aufstellen, das die Einnahmen zur Deckung des inneren Bedarfs schafft und darüber hinaus die Mittel zu erheblichen Reparationsleistungen liefert. Wenn die Regierung ein besseres Finanzprogramm weiß als das, welches ich der Sozialkommission am 11. Juli unterbreitet habe, so möge sie es bekanntgeben; wenn sie ein für uns erträglicheres Mittel, die Entente zu befriedigen, sieht, so möge sie es nennen. Aber sie darf nicht eine Woche länger der Entente gegenüber den Standpunkt einnehmen: „Wir sind außerstande, irgend etwas vorzuschlagen, macht ihr uns Vorschläge, wir verhalten uns passiv“. Denn die Fortsetzung dieser Politik, die uns in den letzten drei Jahren aus einem Unglück ins andere gestürzt hat, würde abermals die uns Wohlgesinnten im Ententelager lahmlegen, und sie würde zwangsläufig zu einem neuen Diktat führen, das uns den Rest unserer Finanzhoheit rauben und uns damit aus der Reihe der selbständigen Völker streichen würde.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Hamburg, 8. Januar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird uns mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

Doppeltender	1800—2000 Mk.
1. Qualität Rälber	1450—1800
2. Qualität	1200—1400
3. Qualität	800—1100
nüchtern Rälber	850—950

Ruuh: 1265 Rälber. Der Handel verlief lebhaft. Durch die Landw.-Kammer wurden 80 Rälber verkauft.

Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund	1650—1750 Mk.
mittelschwere Ware, 200—260 Pfund	1600—1650
gute, leichte Ware unter 200 Pfund	1450—1600
geringere Ware	1200—1400
beste Sauen	1500—1600
geringere Sauen	1200—1400

Marktzufuhr: 2718 Stück. Der Handel verlief ruhig. Durch die Landw.-Kammer wurden 270 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. Januar.

Amlicke Devisennotierung an der Berliner Börse.

		3. Jan.	2. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6968.—	6868.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1451.—	1443.55
Kristiania	100 Kr.	2992.—	2997.—
Kopenhagen	100 Kr.	3776.20	3761.20
Stockholm	100 Kr.	4695.90	4695.90
Helsingfors	100 finn. Mk.	355.10	343.65
Rom	100 Lire	804.15	814.15
London	1 £	791.70	789.20
New York	1 Doll.	187.81	186.56
Paris	100 Frs.	1518.45	1508.45
Zürich	100 Frs.	3651.90	3638.55
Madrid	100 Pesetas	2797.20	2772.20
Wien	100 K.	6.78	6.78
Budapest	100 K.	31.66	30.71
Prag	100 K.	284.70	276.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage 6h

Angelkommen am 3. Januar.			
D.	Fehmarn	Schwenn	Burgtaaken 3¼
D.	Isfarna	Sege	Norremundby 1
D.	Mita	Graut	Selmsdorf 3

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Keuillon Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interim Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Notstandsmaßnahmen zur Unter- stützung von Rentenempfängern der Invaliden- u. Angestelltenversicherung

1. Durch Gesetz vom 7. Dezember 1921 ist festgelegt, daß den Beziehern von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung Unterstützungen gewährt werden.

Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Oktober 1921 an.

2. Anträge auf Gewährung dieser Unterstützungen können stellen:
- Empfänger von Invaliden- und Altersrenten aus der Invalidenversicherung und von Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung mit einem Gesamtjahreseinkommen unter . . . Mf. 3000.—
 - Empfänger von Witwen- und Witwerrenten mit einem Gesamtjahreseinkommen unter . . . 2100.—
 - Empfänger von Waisenrenten mit einem Gesamtjahreseinkommen unter . . . 1200.—

Für Waisen sind die Anträge durch die gesetzlichen Vertreter, die sich gegebenenfalls durch Vorlage der Vormundschaftsbestellung ausweisen müssen, zu stellen.

3. Die Anträge sind zu stellen:

- a) für die Stadt Lübeck im Wohlfahrtsamt, Untertrape 104, Zimmer 28, nachmittags von 3—5½ Uhr für Empfänger, deren Familienname beginnt mit den Buchstaben
- | | |
|---------------|------------------------------|
| A, C, D, E, F | am Freitag, d. 6. Jan. 1922, |
| B | Montag, 9. |
| G, H, J | Dienstag, 10. |
| K, L | Mittwoch, 11. |
| M, N | Donnerst., 12. |
| O, P, Q, R | Freitag, 13. |
| Sch, St | Montag, 16. |
| S, T, U | Dienstag, 17. |
| V, W, X, Y, Z | Mittwoch, 18. |

b) für Trabanten in der Geschäftsstelle der Behörde für Trabanten vom Dienstag, dem 10. Januar, bis Sonnabend, dem 14. Januar 1922 während der üblichen Geschäftsstunden von 9—1 und 3—6 Uhr.

c) für das Landgebiet vom Dienstag, dem 10. Januar bis Sonnabend, dem 14. Januar 1922 während der üblichen Geschäftsstunden in den Wohnstationen in

Rückn.	Dänischburg	Garnsdorf
Sirabde	Hülse	Tramm
Mulsdorf	Nindorf	Kurau

- Wozulegen ist von allen Antragstellern:
- Rentenbescheid,
 - Personalpapiere über den Antragsteller und unterhaltspflichtige Angehörige (Geburtsurkunde, Familiennamebuch usw.),
 - der letzte Steuerbescheid oder die Steuerkarten, soweit diese vorhanden sind,
 - Nachweis über etwaigen Arbeitsverdienst.

Das Wohlfahrtsamt.

Anmeldungen für die Öffentliche Handelsschule.

1. Höhere Handelsschule: Aufgenommen werden:

- Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Realschule oder dem Verlegungszeugnis zur Obersekunda.
- Schülerinnen mit dem Reifezeugnis oder einem guten Verlegungszeugnis zur ersten Klasse eines Gymnasiums.
- Schüler und Schülerinnen, die mit Erfolg die erste Klasse einer neunklassigen Mittelschule besucht haben, sofern sie gute Zeugnisse besitzen.
- Schüler und Schülerinnen, die durch eine Prüfung den Nachweis einer gleichwertigen Bildung erbringen können.

Jahresbeitrag mit 32 Unterrichtsstunden wöchentlich, Schulgeld vierteljährlich 125 Mark, für Auswärtige 150 Mark. Bücheraufwand für ein Jahr etwa 50 bis 100 Mark.

II. Handelsschule. Aufgenommen werden:

- Schüler und Schülerinnen einer achtjährigen Volksschule.
- Schüler und Schülerinnen, die den Nachweis einer gleichwertigen Bildung erbringen können.

Jahresbeitrag mit 30 Unterrichtsstunden wöchentlich, Schulgeld vierteljährlich 100 Mark, für Auswärtige 125 Mark. Bücheraufwand für ein Jahr etwa 50 Mark.

Anmeldungen werden im Schulhause, Königstraße 77, täglich (außer Mittwoch und Sonnabend) nachmittags zwischen 4 bis 5 Uhr bis zum 31. Januar entgegengenommen. Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen. Anmeldebüchlein werden im Schulhause verabfolgt.

Lübeck, den 4. Januar 1922.

11415 A. Schneider, Direktor.

Luise Döbler
geb. Kuge
im hohen vollenden
72. Lebensjahre.
Dies betrauet von
den Ährigen.

L. Döbler
Trauerfeier Frei-
tag, den 6. Jan.,
1½ Uhr, Kapelle
St. Marien.

Chorverein Lübeck
1 Partie
gr. Herfel
baldig zu verkaufen
H. Stapelfeldt,
11427 Krempeb. All. St.

Verloren am 2. Jan.
an der Drehschraube ein
Federbarren. Abzugeben
geg. Belohn. Friedhofs-
bureau (11434)
Friedhofsamt, 5557, 1.



Die
millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkreme

Diamantine

in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
„Friedensware“

Hersteller **Rud. Starke** Melle / H.

Glas scheiben
aller Art, Kitt,
Glaschneider
Bilderleisten
etc. (11409)
Oscar Tauchnitz, Glashdl.,
Fleischhauerstr. 35 F. 2808

Magereit
Schöne volle
Körperformen
durch unser
„Magne“ Kraftpulver
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30 Bf.
Zunahme. Ga-
rant, unerschütterlich. Ärztlich
empfohlen. Streng reell!
Viele Dankbriefe. Preis
Karton mit Gebr.-Anm.
Mf. 15.— Postanweisung
oder Nachnahme. (11411)
Alleinige Niederlage
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.

Leder
Lederanschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Mittel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schuhfabrik. (11406)

Zelle
Mader, Jüde,
Züde, Sines, Kamin
etc. (11412)
kauft zu höchsten
Zanesspreisen
Isaac Frankenthal
Lübeck, Beckenstraße 53.
Fernsprecher 8641.
Sonnabds. geöfht.
Bitte genau die
Adresse zu beachten.

Chorverein Lübeck
Gesangvereinigung
Mittwoch, 4. Januar,
abends 8 Uhr,
bei **P. Lender**.
Tagesordnung sehr
wichtig.
Der Obmann,
Sonnabend, 6. Dez.,
abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**.
Unterhaltungsabend
mit **Tal**.
Eintritt nur für Mit-
glieder mit einer Dame.
Kinder haben freien
Eintritt. (11432)
Des Saalbes.

Chorverein Lübeck
Gesangvereinigung
Mittwoch, 4. Januar,
abends 8 Uhr,
bei **P. Lender**.
Tagesordnung sehr
wichtig.
Der Obmann,
Sonnabend, 6. Dez.,
abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**.
Unterhaltungsabend
mit **Tal**.
Eintritt nur für Mit-
glieder mit einer Dame.
Kinder haben freien
Eintritt. (11432)
Des Saalbes.

Bezirksabteilungsamt Medlenburg-Südb.
Donnerstag, den 5. Januar 1922,
abends 8 Uhr
im gr. Saale des **Gewerkschaftshaus**
Dr. J. Klauß:
„Humor in Wort und Bild“
Eintritt Mf. 3.—. (11417)

Nach mehrjähriger ärztlicher und fach-
ärztlicher Vorbildung habe ich mich als
Facharzt für Haut- und Nervenleiden
niedergelassen. (11951)
Lichttherapie.
Tel. 2582. Sprechst.: 10—1 und 4—6.
Mengstr. 10 I.
Dr. med. Branmann.
Zu sämtlichen Krankenkassen zugelassen

Für Konfirmanden
Blau-Cheviot (11419)
140 cm breit Mf. 180.— pr. Mtr.
prachtvolle Qualität.
Tuchhaus Edelhoff, (ausd.)
Filiale: Lübeck, Lang. Loh-
berg 15.

**Deutscher
Holzarbeiter-
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck
(11996)
**Betriebsräte- und
Vertrauensmänner-
Versammlung**
am Mittwoch, dem 4. Januar
abends 6 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**
Um 8 Uhr beginnt die
außerordentliche
**Mitglieder-
Versammlung**

Sparklubs!
**Sparkassen-
Rücher**
in übersichtlicher Auf-
machung vorzüglich in der
Anschaffung
Fritz Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

**Deutscher
Transportarbeiter-
Verband.**
Ortsverwaltung Lübeck
(11430)
Versammlung
familtlicher
Gartenarbeiter
am Donnerstag, d. 5. Januar
abends 7½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**
Tagesordnung:
1. Bericht von der **Sohn-
verhandlungen**.
2. **Steuerabzug**.

Versammlung
der
**Koll- u. Blut-
wagenführer**
am Donnerstag, d. 5. Januar
abends 7½ Uhr
im **Gewerkschaftshaus**.
Tagesordnung:
**Bericht der
Lohnkommission**
Die Ortsverwaltung.
Pelzgarbituren
werd. modern u. bill. auf-
gearb. **D. Wagner**,
(11429) Solitenstraße 8.

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
80FT **BALL.**
Konzerthaus Lübeck.
Donnerstag, den 5. Januar 1922:
Großer Familienball.
Anfang 7 Uhr. (11428) Besitzer Hans Urnes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 4. Januar 1922,
abends 7 Uhr pünktlich,
im **Gewerkschaftshaus**.
Tagesordnung:
1. Beitragsverhöhung.
2. Festlegung des Lokalbeitrages.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
(11857) Die Ortsverwaltung.

Konsumverein
für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.
Als besonders preiswert empfehlen
wir unseren werten Mitgliedern: (11429)
Margarine
aus den bekanntesten Fabriken, das Pfd.
19.—, 22.—, 24.— u. 26.— Mf.
Schweinefleisch, beste weiße 26.— Mf.
Ware, d. Pfd.
Speiseöl 20.— Mf.
Rundfleisch 4.70 Mf.
Speisefleisch, feiner 5.20 Mf.
Weizenmehl, feinstes 5.40 Mf.
Zucker, frei veränflich 6.80 Mf.

Telefon
Humboldt
3511
Teleg.-Adr.
Edelmetalle
Berlin
Edelmetall-Zentrale
EMZ
Berlin N 58
Ankauf
Lübeck
Filiale
Ankauf
en gros von en detail
Platin, Gold- und Silbersachen.
Gleichzeitig erlauben wir uns, auf unsere
Geschäfts-Verlegung
aufmerksam zu machen,
bisher: **Mengstraße 2, I.**
jetzt: **Breite Straße 25, I. Eingang**
Pflaumenstraße.
Die Treue und das unerschütterliche Ver-
trauen, mit dem immer wieder das Publikum
zu unserer Firma hält, ist der sicherste Be-
weis und der Dank für die strenge
Rechtlichkeit unseres Unternehmens.
Wir halten auch im neuen Jahre den
guten Ruf unserer Firma hoch. (11492)
Repräsentant **Frick**.

Frisches Kopffleisch
a Wfd. 8 — Mf.
Osw. Heine,
11433) Stronsf. Allee 87a.

Möbel
Anzüge, Ulster
auf (11426)
Teilzahlung.
Kisten, Holsten-
str. 17, I.

Keulen, Heiserkeit
bei Kindern beseitigt mein
Fenchelhonig
1 Mf. 3.50, 7.50, 13.50
Ferd. Kaiser.
(11403)

**Emser
Wasser**
reg. Katarh, Auster u. s. w.
(11404)

Mieterschutzverein
e. V.
Schwarfau-Rensfeldt.
Generalversammlung
am Donnerstag, 5. Jan.
abends 7½ Uhr
im **Gasthof Transvaal**.
(11424) Der Vorstand.

Moislinger Baum.
Morgen Donnerstag,
ab 7 Uhr: (11414)
**Vornehmes
Tanzkränzchen**
unter Leitung und Mit-
wirkung des deutschen
Meisterschafts-Tänzer-
paars **Conrad-Sarow**
und **Partnerin**, **Wron-
danes**, akrobatisches und
exzentrisches Tanzduett,
Moderna Tänze,
Dezente Musik.
Wegen erhöhter Straßen-
bahnpreise: Eintritt frei.
Tel. 9075.

Rudolph Jäde.
Für Vereinsfestlich-
keiten jeglicher Art halte
meme Lokaltitäten bestens
empfohlen.



**Matkische Volksgill
to Lübeck.**
Mandag, d. 9. Januar
abends 8
in de **Kula** bin dat
Jahannem.
Karl Wagenfeld (11421)
Vorlesungen
ut **Daud u. Dümel**,
Antichrist, **Unse Wadder**
usw. **Preis 4.—**.
Korten sind in de **Gillie**
stuw u. a. d. **Abendfall**
to hebben.

Trocadero
Schlüsselbuden 4.
Tel. 787. (11410)
T ä g l i c h
die beliebten
**Weberus-
Konzerte.**

Hansatheater.
Heute, (11431)
Mittwoch u. Donnerstag
7½ Uhr:
Gastspiel des l. Charakter-
komiker **Kurt Wohlgemuth**
vom Theater am Sophien-
blatt in Kiel
Das **Fräulein vom Amt**.

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 4. Jan., 7.30
Zum ersten Male.
Ernani.
Oper von Verdi.
20. Ab.-Vorh. **Böhl. D.**
Gutschne haben keine
Gültigkeit.
Freitag, 6. Jan., 7.30 U.
Ernani (11420)
20. Ab.-Vorh. **Böhl. D.**
Sonnabend, 7. Jan. 7.30
Teilaud.
Auser Abonnement.

Zahlung des Abonn-
mentes (2. Hälfte der
Spielzeit) nebst 10% Er-
höhung für sämtliche
Abonnementen am
Mittwoch, dem 4. Jan.,
Donnerstag, dem 5. Jan.,
nachm. von 3.00 bis 5.30
Uhr bei der Theaterkasse.
Da die 2. Hälfte der
Spielzeit mit dem 10.
d. M. beginnt, wird um
pünktliche Zahlung ge-
beten. Neuanmeldungen
von Abonnementen in der
Theaterkasse.
Die Direktion.

Jugend-Ged

Lübecker Volksboten

Lübeck, den 4. Januar 1922

Du und Deine Aufgabe.

„Wer ist Du?“ Es ist jeder Jugendgenosse und jede Jugendgenossin, die diese Zeilen lesen.

„Und meine Aufgabe?“ werden darum alle fragen. Nun, darüber soll das Nachstehende Auskunft geben.

Um es gleich rund herauszusagen: Deine Aufgabe ist Dein Leben. Dein ganzes Leben, wie es noch vor Dir liegt, mußt Du als Aufgabe betrachten, die Du zu lösen hast, von der Du das Resultat zu suchen hast. Das bedeutet, daß Du Dir ein Lebensziel schaffen mußt und Wege, zu diesem Ziel zu gelangen. Oder ist es genug, daß Du atmest und isst, arbeitest und Dich vergnügst? Die eine dieser Tätigkeiten erhält sich durch die andere, und wenn sie das Leben ausmachen sollten, nun, was ist da weiter groß vorhanden? Ja, — denn! Dir Deine Lebensbahn einmal durch, da wirst Du zu mancherlei Gedanken kommen und vor allem auch eines erkennen, nämlich, daß Du nicht allein auf der Welt bist. Will Dir das nicht lächerlich erscheinen, daß Du solch handgreifliche Tatsache erst noch als besondere Erkenntnis erdenken sollst? Aber im Ernst, diese Erkenntnis ist sehr wertvoll; denn alle die Menschen, die nur atmen, essen, arbeiten und sich vergnügen, denen diese Tätigkeiten das Leben ausmachen und die nur leben, um diese Tätigkeiten auszuüben — die besitzen sie nicht. Sie sehen so viele Menschen um sich herum, aber mit allen diesen Menschen verbindet sie gar nichts, im Gegenteil, sie sind sich feindschaftig unter den Menschen aus. Angefangen wird schon in der Familie also der Stelle, wo menschliche Bindungen noch am deutlichsten erkennbar sind. Aus den mannigfaltigsten, auf rein menschlichem Gebiete liegenden oder in den materiellen Existenzbedingungen beruhenden Ursachen entstehen hier Zwistigkeiten, die zu schärfsten Verfeindungen führen. Und außerhalb des Rahmens der Familie, im Erwerbsleben, wo jeder Mensch der Konkurrenz des andern ist, im Vergnügungsleben, wo einer dem andern seine Vergnügungen neidet — überall Feindschaft zwischen den Menschen. Das ist eine traurige Erkenntnis, und man könnte beinahe verzweifeln, daß sich die Menschen nicht sonderlich darum bemühen. Wozu soll sie sein? Ja, aber dann doch nur in der Hinsicht, als sie uns zeigt, wie wir auf dem Posten sein müssen, um uns durch die tausendfach verfeindete Welt hindurchzuschlagen. Aber nein, nicht alle Menschen ziehen gleich solch ungeschminkte praktische Nutzenwendung aus dieser Erkenntnis, es gibt andere, die der Meinung sind, dieser ganze Zustand muß geändert werden, es ist nicht recht, daß die Menschen sich alle feindschaftig und er muß geändert werden.

Stehst Du, wenn Du Deine Lebensbahn überdenkst, wenn Du ein Lebensziel suchst und einen Weg zu diesem Ziel, dann wirst Du auch an diesen Kreuzungspunkt der Wege gelangen und wirst Dich zu entscheiden haben: will ich das Leben nehmen wie es ist und mich rücksichtslos hindurchschlagen oder will ich meine Kraft für eine Besserung des Menschenlebens einsetzen, eine Besserung, die die gegenseitige Verfeindung in gegenseitige Freundschaft umgestaltet. Der erste Weg ist gewiß nicht leicht, denn die Feindschaften sind tiefenstark; und doch ist er einfach: denn Du behauptest Dich und nur Dich allein mit aller List im ganzen Getriebe. Der andere Weg ist schwerer, viel schwerer, weil Du auf vielen Schanzenspitzen stehen mußt, nicht nur auf der, die sich um Dein eigenes Haus herumzieht. Das große Bollwerk der Menschenverfeindung willst Du stürzen, niederreißen? Weist Du, wie fest es ist? Hast Du die Mittel, es zu untergraben, es zum Wanken zu bringen? Sei Dir über's Erste klar und sei im Zweiten fest, sonst gerätst Du doch in den Strudel derer, die den ersten Weg gehen. Klar und fest! Dazu merke: Dein festest Entschluß, für die Verbesserung des Menschenlebens zu wirken, ist schon die erste kleine Feindschaft, die Du in den Rast der Menschenverfeindungen legst, und indem Du alles, was von Deiner Seite zu dieser Verfeindungen beitragen könnte, von Dir abstreifst, erweiterst Du diese Feindschaft, hast Du eine feste Meinung über das, was an ihre Stelle treten soll als neuer, besserer Zustand, dann hast Du das beste Werkzeug, diese Feindschaft zu erweitern zum großen Einfallstor in das Innere der Burg Feindschaft. Und Du wirst von denen einer sein, die vom Burgturm die neuen Feinden künden, die Fahnen der großen, neuen Freundschaft, und Du ... doch halt, erst einmal: „Wie denkst Du überhaupt über diese Aufgabe?“ M. W.

Eine Mahnung.

Ziehe deine Schuhe ans, denn der Ort, da du stehst, ist heiliges Land.

Ein Mahnwort an die Jugend soll dies sein, Fragen des Geschlechtlichen nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Ueber das Geschlechtliche halt man sich nicht rüchtern Belehrung wie über manch anderes Problem — hier müssen wir fühlen, daß wir an den heiligsprechenden Quell der Erneuerung des Seins geföhrt sind. Und das erfordert von uns Ehrfurcht vor dem großen Geschleichen in der Natur, der wir eigentlich nie näher kommen, als wenn wir sie bei ihren lebenspendenden Schöpferintenz belauschen. Bei Mensch, Tier und Pflanze, die alle nur ein Stückchen Natur, ein Glied in der gewaltigen Kette des Alls sind, beobachten wir Werden und Vergehen, Schöpfung des neuen Sieghaften und Vernichtung des Zerfallenen.

In diesem unendlichen und erhabenen Kreislauf des Lebens ist der Zeitabschnitt Jugend vielleicht der wunderbarste. Der junge Mensch ist nicht mehr Kind, er ist aber auch noch nicht der reife Mensch. Des Kind in ihm nimmt Abschied, der vollkommene Mensch verbrüdet sich. Eine tiefe Wandlung der körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte vollzieht sich. Es drängt und gart in dem jungen Menschen, der zuweilen befehligt dem verstorbenen Mann seines Lebens lauscht.

Diese Wandlung findet wohl ihren deutlichsten und natürlichsten Ausdruck in der geschlechtlichen Reifung, die alle gefunden Menschen etwa um das 13. oder 14. Lebensjahr (die einen früher, die anderen später) erfahren. Das ist nichts Unreines, nichts Unnatürliches, das da ins Leben der Jugend tritt! Das ist ein ernster Naturgeschehen am menschlichen Körper. Es ist ein Vorgang, dessen sich kein junger Mensch, ob Bursche oder Mädchen, zu schämen braucht, und den niemand denen zu verheimlichen hätte, die sonst sein Vertrauen genießen.

Jugend! Die Zeiten dieser Reifung sind für dein ganzes Leben von höchster Bedeutung, und so du in diesen Tagen mit deinem Innern alleine nicht fertig wirst oder quälende Zweifel hegst, so suche einen erfahrenen Menschen, dem du dich ganz anvertrauen kannst. Sprache ganz offen, von reinen Absichten gedrängt, mit der Mutter, dem Vater, einem älteren Freunde, einer durch Lebenserfahrung gefestigten Freundin, oder einem dir menschlich nahen Lehrer. Sie werden dir Auskunft geben, werden dich beruhigen, und du wirst fortan die natürlichen Vorgänge an deinem erblühenden Körper vorurteilsfrei und ganz ohne geheime Furcht betrachten. Aber verschließe dich auf keinen Fall den Menschen, wenn beines Körpers Wandlung dein Innenleben in unbegründete Aufregung bringt!

Und noch ein mahnendes Wort: Die geschlechtliche Frage ist im Leben des einzelnen wie der Gattung von so hoher Wichtigkeit, daß man sie nicht nur im Vorbeigehen streift oder sie gar mit schalen „Mittelstücken“ abzutun versucht, sondern sich gründlich mit ihr auseinandersetzt. Darum vor allem: Nicht gleichgültig sein! Ehrlich und mit reinen Absichten sich Wissen aneignen wollen, das sei die Lösung. So und nicht anders sind die geschlechtlichen Beziehungen der Menschen zueinander höherzustellen, und so auch nur wird die Zahl der Unglücklichen abnehmen, die am Geschlechtlichen zugrunde gehen.

Jugend, in diesem Sinne sei Neuerer! Dann wirst du der natürlichen Erhabenheit des Geschlechtlichen gerecht.

Hans Hartmad.*)

*) Aus dem sehr guten kleinen Büchlein von Hans Hartmad, „Arbeiterjugend und sexuelle Frage“, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin. Preis 2,50 Mk.

Gehnsucht.

Ich hab' mit bangem, trübem Sinn
Gewieht die ganze Nacht,
Weil ich die schwermutsvolle Zeit
So viel an dich gedacht.

Und weil ich doch so traurig bin,
Daß du nicht bei mir bist
Und daß es zwischen dir und mir
So weit, so ferne ist.

Julienne van der Chys.

Natur!

Natur! Wir sind von ihr umgeben und umschlungen — unermüdet aus ihr herauszutreten und unermüdet tiefer hineinzufallen. Umgeben und ungewarnt nimmt sie uns in den Kreislauf ihres Tages auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entsinken. Sie schaffet ewig neue Gestalten; was da ist, war noch nie, was war, kommt nicht wieder: alles ist neu und doch wieder das Alte.

Sie scheint alles auf Individualität angelegt zu haben und macht sich nichts aus den Individuen. Sie baut immer und zerstört immer, und ihre Werkstatt ist unzugänglich.

Sie leht in lauter Kindern; und die Mutter, wo ist sie? Sie ist die einzige Künstlerin; aus den simpelsten Stoffen zu den größten Konstrakten: ohne Schein der Anstrengung zu der größten Vollendung; zur genauesten Bestimmtheit, immer mit etwas Weichem überzogen. Jedes ihrer Werke hat ihr eigenes Wesen, jede ihrer Erscheinungen den stolkersten Begriff, und doch macht alles eins aus.

Es ist ein ewiges Leben, Werden und Bewegen in ihr, und doch ruht sie nicht weiter. Sie verwandelt sich ewig und ist kein Moment Stillstehen in ihr. Fürs Bleiben hat sie keinen Begriff, und ihren Fluß hat sie ans Stillstehen gehängt. Sie ist fest: ihr Tritt ist gemessen, ihre Ausnahmen selten, ihre Gesetze unwandelbar.

Sie läßt jedes Kind an ihr künfteln, jeden Loren über sie richten, Tausende kumpfen über sie hingehen und nichts sehen und hat an allen ihre Freude und stüdt bei allen ihre Rechnung. ...

Man gehorcht ihren Gesetzen, auch wenn man ihnen widerstrebt; man wirkt mit ihr, auch wenn man gegen sie wirken will. Sie macht alles, was sie gibt, zur Wohlfahrt; denn sie macht es erst unentbehrlich. Sie saunt, daß man sie verlange; sie eilt, daß man sie nicht laßt werde. ...

Sie hat keine Sprache noch Rede, aber sie schafft Jungen und Herzen, durch die sie fühlt und spricht. Ihre Krone ist die Liebe; nur durch sie kommt man ihr nahe. Sie macht Klüfte zwischen allen Wesen, und alles will sie verschlingen. Sie hat alles isoliert, um alles zusammenzuziehen. Durch ein paar Jüde aus dem Beder der Liebe hält sie für ein Leben ein Wäge schadlos. ...

Sie ist alles. Sie belohnt sich selbst und bestraft sich selbst, erhebt und quält sich selbst. Sie ist rauh und gelinde, lieblich und schrecklich, kraulos und gewaltig. Alles ist immer da in ihr. Vergangenheit und Zukunft kennt sie nicht. Gegenwart ist ihr Ewigkeit. Sie ist weise und still. Man reißt ihr keine Erklärung vom Leibe, tragt ihr kein Geschenk ab, das sie nicht freiwillig gibt. Sie ist lässig, aber zu gutem Ziele, und am besten ist's, ihre List nicht zu merken. ...

Sie hat mich heringestellt. Sie wird mich herausführen. Ich verzehne mich ihr. Sie wird ihr Werk nicht lassen. Alles ist ihre Schöpfung, alles ist ihr Verdienst. Goethe.

Aufruf zur Sammlung für das Ferienheim der Deutschen Arbeiterjugend!

Die 2. Reichskonferenz unseres Verbandes, die in Bielefeld unter dem begeisterten Eindruck des zweiten Reichsjugendtages stattfand, hat folgenden Antrag angenommen:

„Der Hauptvorstand möge Sammlungen einleiten, um in einer waldreichen Gegend ein großes Ferienheim unseres Verbandes zu errichten, in welchem auch Führerausprachen und Kurse eine geeignete Unterkunft haben.“

Diesen Beschluß müssen wir jetzt durchführen! Der Hauptvorstand ruft hiermit alle Jugendgenossen und Genossinnen, alle Freunde, alle Förderer unserer Bewegung auf, die Sammlung sofort zu beginnen. Das Heim muß sobald wie möglich bereitstehen:

für unsere jungen Arbeitsbrüder und Schwestern zur Erholung von der Arbeitsfront,
für unsere Führerausprachen,
für unsere Arbeiterjugendhochschule.

Dazu muß jeder das Seine tun!

Jeder spende!
Jeder gewinne Hilfe aus Freundeskreisen!
Jeder werbe um Unterstützung auf den Arbeitsstätten, in

Gewerkschafts- und Parteiverfassungen!
Der Hauptvorstand gibt Sammellisten und Bausteine (je 10, 25, 50 und 100 Mk.) heraus, die von allen Ortsvereinen angefordert werden müssen. Alle Ortsvereine müssen vom Vereinsvermögen opfern, die Arbeitsschritte von Veranstaltungen und Festen, eventuell von besonders für den Sammelzweck getroffenen Feiern müssen dem Fonds zustehen. Alle Möglichkeiten zur Beschaffung von Mitteln müssen erschöpft werden. Es gilt: Auf der ganzen Linie heraus zur Sammlung für das Reichsferienheim.

Es muß und wird uns gelingen, das Heim zu errichten, und es wird ein Denkmal sein für den Willen der Arbeiterjugend, zum gefunden Menschentum aufzusteigen.

Alle Zahlungen sind zu richten an das Konto: Max Westphal, für: Reichsferienheim der Arbeiterjugend, Postfachamt Berlin Nr. 118718.

Frei Heil!

Hauptvorstand

des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Für die ertwerbstätige Jugend.

Auf Veranlassung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen traten am 15. Dezember im Reichstagsgebäude Vertreter der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen und Delegierte des Reichsausschusses zu einer Besprechung zusammen. Zur Beratung stand die Durchführung der Mindestforderungen zum wirtschaftlichen Schutz der Jugend und zur Reform des Lehrlingswesens. Gleichzeitig wurden die die Jugend betreffenden Bestimmungen der Gesetzentwürfe über die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitslosenversicherung einer kritischen Betrachtung unterzogen. In der Beurteilung aller Fragen ergaben sich übereinstimmende Ansichten. Als vorläufig wichtigstes Ziel wurde die Milderung der Gewerbeordnung allseitig anerkannt, durch die jetzt den Lehrlingen schwere wirtschaftliche Schädigungen erwachsen. Anfang Januar soll eine erneute, nötigenfalls erweiterte Zusammenkunft unter Hinzuziehung der Fraktionsvorstände über zu unternehmende gemeinsame Schritte beschließen.

Der Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen.

dem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands und die Sozialistische Proletarierjugend angeschlossen sind, hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember nachstehende Grundsätze über das örtliche Zusammenarbeiten angenommen:

1. Der RA. der Arbeiterjugendorganisationen empfiehlt allen örtlichen Gruppen der ihm angeschlossenen Organisationen, sich zu „Ortsausschüssen der Arbeiterjugendorganisationen“ zusammenzuschließen.

2. Zu den Aufgaben dieser Ausschüsse gehören: a) Durchführung aller Aktionen und Maßnahmen, die vom Reichsausschuss angeregt und in die Wege geleitet werden, b) Vertretung gemeinsamer Forderungen der arbeitenden Jugend gegenüber den kommunalen Behörden, staatlichen Jugendauschüssen u. dgl. (z. B. betr. Schaffung von Heimen, Herbergen, Spielplätzen usw.), c) Gemeinsame Benutzung resp. Verwaltung von Heimen, Herbergen, Plätzen usw.

3. Die Art der Vertretung wird örtlich geregelt und hat zur Grundlage die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen. Jedoch soll keine Gruppe mehr Vertreter haben als alle übrigen Gruppen zusammen.

4. Die Kosten werden anteilig entsprechend den Mitgliederzahlen getragen.

Du sollst nicht nur ein Sänger sein
Und für die Freiheit Lieder singen,
Du sollst dich auch der Freiheit weihen
Und kämpfend für sie Opfer bringen.
Dem Sänger blüht wohl schöner Ruhm,
Doch Lieder sind noch keine Taten,
Und nur ein tätiges Heldentum
Bekämpft der Freiheit Frucht und Saaten.

Robert Geibel